

# Sorauer Tageblatt

Leges. Tagesblatt Sorauer Niederlausitz  
Wolffsch. - Ronto:  
Str. 264 Berlin N.W. 7

(Sorauer Wochenblatt)  
Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Fernsprecher Nummer 22 und 37.  
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.  
Giro-Ronto  
bei der Reichsbank

**Druckumschweife (freibleibend):** Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —  
Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ kostet bei Abholung in unseren Vertriebs-  
stellen in Stadt und Land monatlich 2 — RM., bei der Post abgeholt monatlich 2.20  
RM. durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 RM., mehr, im Wochenbezug  
in unserer Vertriebsstelle 60 RM.. — Im Falle höherer Bezahl. Betriebsführung,  
Arbeitsleistung oder Auslieferung hat der Bezahler seinen Anspruch auf Vorfahrung  
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigen:** Die sechspaltige Kolonelle im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 8 Reichs-  
pfennig. Im Restanteil die sechspaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 5 Reichspfg.  
für Anzeigen durch Fernsprecher aufgegeben 10%, aber nicht mehr als 80 Reichs-  
pfennig, für Anzeigen mit schwerem Satz 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere  
Firmen gemeinsam inserieren, 100% Vorzahlung. Eine Gewähr für Rückzahlung kann bei  
telefonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem  
Tarif. Bei Zahlungsverzögerung und bei Kontoführen erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 285 Dienstag, den 4. Dezember 1928. 118. Jahrgang

## Bilanz

Der Kampf ist beendet, die Eisen-  
industrie hat ihre Tore wieder  
geöffnet, langsam können die Maschinen an-  
laufen, aber mindestens eine Woche wird noch  
vergehen, bis auch der letzte Arbeiter wieder  
seinen alten Platz innehat, und damit die  
äusseren Zeichen des schweren Ringens ver-  
schwunden sind. Bis die Wunden selbst heilen,  
wird sehr viel länger dauern. Denn die  
Kriegsfolgen sind doch sehr hoch gewesen, und  
sie müssen erst einmal abgezahlt werden.  
Genauere Schätzungen sind sehr schwierig, aber  
Schätzungen lassen sich doch beschaffen.  
Die Gesamtsummen bei der Eisenindustrie  
sind auf fast 3 Milliarden geschätzt, und  
rechnen, ein Monat bedeutet also einen Aus-  
fall von fünfzig Millionen Mark.  
Daher ist vielleicht die Hälfte durch staatliche  
und gewerkschaftliche Unterhaltungen den  
Arbeitern auszufallen, sodass sie einen Reinsaus-  
fall von mindestens fünfundsiebzig  
Millionen Mark haben. Sehr viel schwerer  
es ist natürlich den Unternehmern, den Schäden  
nachzutun. Sie haben die Löhne ge-  
spart, aber die sogenannten „fixen Kosten“,  
die Verzinsung des Kapitals, müssen  
doch weiter aufgebracht werden, ebenso wie  
die Kosten der Organisation, der launmä-  
nigen Angelegenheiten und der Verkaufsver-  
trieben. Die Arbeiter behaupten zwar, dass  
die Unternehmer dafür ihre Lager geräumt  
hätten, also ihre Verfügungsbereitschaft  
erweitert und doch für sehr große Summen  
„spara“ hätten, weil sie die Prämie für die  
Verbesse rung des Kontingents an das Eisen-  
kartell nicht zu zahlen hätten. Aber selbst  
wenn man all diese Entlastungsmomente  
sehr hoch einschätzt, bleibt auf der Unternehmerr-  
seite ein gewaltiger Ausfall, der im  
nächsten Jahr wieder verdient werden muss.  
Die Beiträge werden freilich in erster Linie  
den Schichten des Mittelstandes, die  
Sonderer und Gewerbetreibenden,  
die auf die laufende Arbeiterarbeit ange-  
wiesen sind. Von ihnen trägt merkwürdiger-  
weise niemand, obwohl vermutlich ihr Verlust  
gerade weil er ihnen das Weihnachtsgeld  
verdirbt, mindestens so hoch ist, wie der  
Arbeiter und schwer zu ersetzen ist. Eine Not-  
standsaktion um hier zu helfen, hätte schon  
ihre innere Berechtigung!

Die Schäden für die Volkswirt-  
schaft, wie sie sich in einer Verkümmern un-  
serer Exportmöglichkeiten auswirken, werden  
sich wohl erst in den kommenden Monaten  
übersehen lassen. Aber auch ohne dies ist  
die Bilanz unzureichend genug. Und da  
dort wo zu Beginn des Kampfes erneut die  
Frage gestellt werden, ob es denn so weiter-  
kommen möchte. Wir können darauf wieder  
nur mit einem Nein antworten.

Niemand wird ernsthaft glauben wollen, dass  
die Unternehmer leichtfertig nur aus Macht-  
hung oder um der Staatsautorität einen  
Schub zu verleihen, die Auslieferung vorge-  
nommen hätten, um waren doch die Werte,  
die für sie auf dem Spiel standen, viel zu  
hoch. So leichtfertig geht man mit Millionen  
nicht um. Denn sie könnten nicht wissen, wie  
lange die Stilllegung andauert, sie müssten in  
ihre Rechnung hineinkalkulieren, dass Monate  
darüber vergehen könnten und dass sie in-  
zwischen rektungslos aus dem internationalen  
Geschäft verdrängt wären. Ohne zwingende  
Gründe haben sie sich also zu dem folgen-  
schweren Schritt nicht entschlossen. Tatsächlich  
wie die Auslieferung gerade in diesem Augen-  
blick gewiss ein Fehler, der ihnen auch vom  
Rechtswirtschaftsminister verurteilt worden ist,  
weil ihre Haltung den Arbeitnehmern eine  
willkommene Angriffsfläche bot. Aber es gibt  
Argamente, wo die Taktik nicht entscheidend  
sein kann, und in eine solche Zwangslage  
laubten die Unternehmer sich verliert.

Trotzdem ist die wichtigste Forderung, die  
aus den letzten Wochen zu ziehen ist, dass  
man sich nicht an die Reform des gan-  
zen Schlichtungswesens hangen lässt,  
damit der Schlichter nicht zwischen Angebot  
und Forderung rein schematisch die  
Mitte zieht und im Übrigen der Staat  
entlastet, sondern die Verantwortung für  
die Gestaltung des Tarifs wieder allein auf  
die Schultern der beiden Parteien geladen  
wird, während der Staat sich auf ein Aufsicht-  
recht und die Wahrung der öffentlichen Inter-  
essen zurückzieht. Dass die Schlichtungsordnung  
nach diesen Erfahrungen unaltbar ge-  
worden ist, darüber kann eigentlich kein Streit  
mehr bestehen. Die Hoffnungen, die auf sie  
gelegt wurden, haben sich nicht erfüllt. Sie  
sollte ein Mittel sein, um Lohnkämpfe zu ver-  
meiden und die beiden Parteien einander  
näher zu bringen, damit sie sich leichter  
finden und gerade zum Behen der Gesamt-  
wirtschaft ein acentenliges Lötstreifen un-  
mög-

## Paris Gik des Sachverständigen-Ausschusses.

Chamberlains Kapitulation vor Poincaré im englischen Unterhause. — Freitag reist die deutsche Delegation zur Ratstagung nach Lugano.

Paris, 4. Dez. (Radiobienst des „S. T.“)  
„Gaus“ berichtet, es sei jetzt sicher, dass die  
Reparations-sachverständigenkommission in Pa-  
ris tagen und dass jede der in ihr vertretenen  
sieben Mächte einschlüssig der Vereinigten  
Staaten je zwei Sachverständige ernennen  
werde.

### Die Frage der Rheinlandräumung im Unterhause.

London, 3. Dez. Im Unterhause wurde  
an Chamberlain die Frage gerichtet, ob die Re-  
gierung der Ansicht sei, dass die deutsche Re-  
gierung die Bestimmungen des Artikels 431 des  
Verfallers Vertrages durchgeführt habe, und  
wenn dies nicht der Fall sei, ob Einzelheiten  
darüber mitgeteilt werden könnten, in welchen  
Punkten es sie nicht erfüllt habe. Chamberlain  
antwortete, die Frage sei unter zwei Gesicht-  
spunkten zu betrachten. Das vorliegende An-  
frage beziehe sich auf die Interpretation des  
Vertrages und behandle die juristische Seite  
des Problems. Es gebe ebenso eine politische  
Seite der Frage. Was die Rechtsfrage be-  
träf, so sei die britische Regierung dahin be-  
raten worden, dass noch kein rechtsverbindlicher  
Nachweis für die Befolgung geführt worden  
sei, Deutschland habe alle vertragsmäßigen  
Verpflichtungen in der Weise erfüllt, dass es  
auf Grund des Artikels 431 oder sonstige als  
Recht beanspruchten könnte, die Zurückziehung  
der aus Rheinland zur Zeit besetzt gehaltenen  
Truppen vor dem Ablauf der in dem Vertrage  
festgelegten Frist zu fordern.

Chamberlain fuhr fort:

Die hauptsächlichste Verpflich-  
tung, die Deutschland noch nicht  
erfüllt hat, ist die der  
Reparationen.

Nach Auffassung der Regierung kann das  
in Artikel 431 des Verfallers Vertrages vorgesehene  
Zugeständnis nur dann wirksam werden,  
wenn Deutschland die Ge-  
samtheit seiner Reparationsver-  
pflichtungen erledigt und abge-  
tragen hat. Es ist nicht hinrei-  
chend, wenn Deutschland den Ver-  
pflichtungen, die es hinsichtlich  
der laufenden Reparationszah-  
lungen übernommen hat, regel-  
mäßig Genüge leistet. Der Satz  
des Vertragstextes, der sich auf die pünktliche Er-  
füllung der laufenden Verpflichtungen bezieht,  
ist der Satz, der als Einleitung jenes Artikels  
des Friedensvertrages dient, in dem die in Zeit-  
räumen von fünf Jahren vorzunehmende Ver-  
ringern der Belastungszone vorgeschrieben ist,  
d. h. des Artikels 429; in diesem Artikel heißt  
es, „wenn die Bedingungen des vorliegenden  
Vertrages getreulich beachtet werden.“ So viel  
über die juristische Seite der Frage.

Das Mittel hat versagt,  
also muss es geändert werden. Vielleicht  
bietet das Urteil des Reichsarbeitsgerichts, das  
erst in einigen Wochen zu erwarten ist, gerade  
diese Frage in der inneren Politik des  
Winters eine große Rolle spielen.

Die Verhandlungen über die Befestigung  
der Regierungslokalität sind verlegt auf-  
gewiesen, sie können jetzt theoretisch wieder auf-  
genommen werden. Aber ebenso wie beim  
Streit um den Panzerkreuzer ist  
auch hier mangelnde Zustimmung  
überrückgeblieben, die eine Zusammenkunft zwi-  
schen den Parteien nicht gerade erleichtert.  
Es wird von den Sozialdemokraten abhängen,  
wie schnell die Auftragsarbeiten beginnen  
können, denn das Ziel für alle ist doch der  
Wirkungsfriede und, von ihm be-  
dingt, die Möglichkeit einer Exportsteige-  
rung. Wenn sich, wie nachgewiesen, die Mit-  
tel, die dazu zur Verfügung stehen, durch die  
Krisis als falsch herausgestellt haben, dann  
gibt es den, gemeinsam andere bessere Mittel  
zu finden. ××

Die politische Seite der Frage  
ist von gleicher Wichtigkeit, obwohl hier ganz  
andere Überlegungen für die Entscheidung  
maßgebend sind. Ich möchte wiederholen, dass  
die britische Regierung es begrüssen würde,  
wenn das Rheinland von den französischen,  
britischen und belgischen Truppen bald ge-  
räumt werden würde ohne Rücksicht auf das  
den ehemals alliierten Regierungen zustehende  
Recht, die Befestigung bis zum Ablauf der im  
Vertrage festgelegten Frist weiterbestehen zu  
lassen.

Wenn er fragte darauf hinsichtlich der  
juristischen Seite der Frage, ob die Ausführun-  
gen Chamberlains so anzufassen seien, als be-  
trachte die britische Regierung nunmehr die  
Frage der Reparationen und der Befestigung als  
miteinander in zwangsläufiger Verbindung  
stehend.

Chamberlain antwortete, er habe eine reif-  
lich überlegte Antwort gegeben, worin er auf  
die ihm gestellte Frage in vollem Umfang ein-  
gegangen sei, ja er sei in seiner Antwort noch  
über den Inhalt der Anfrage hinausgegangen,  
weil er es für nötig gehalten habe, zwischen  
dem rein juristischen Problem und dem Pro-  
blem zu unterscheiden, welche Politik die Re-  
gierung zu verfolgen wünsche. Er beschichtigte  
nicht, seiner Antwort irgend etwas hinzuzu-  
fügen.

Wenn er fragte dann die Anfrage, ob  
sich der Staatssekretär des Auswärtigen be-

wusst sei, dass am 8. November Staatskanzler  
Churchill eine ganz andere Darstellung der von  
der Regierung hinsichtlich der Angelegenheit  
gelegten Anschauungen gegeben habe.

Chamberlain antwortete: Churchill hat  
eine andere Seite der Angelegenheit behandelt.  
Ich bin nicht der Ansicht, dass ein Widerspruch  
zwischen seinen Ansichten und der wohlüberleg-  
ten Anschauung besteht, die ich eben dargelegt  
habe, obwohl dies zeigt, welche Schwierigkeiten  
es hat, sich mit solchen Dingen in der Antwort  
auf eine ergänzende Anfrage zu befassen.

### Freitag Abreise nach Lugano.

Am Freitag wird sich die deutsche Delegation  
zur Ratstagung des Völkerbundes nach  
Lugano begeben. Dr. Stresemann wird auch  
diesmal von Staatssekretär Dr. v. Schubert  
und von dem Ministerialdirektor Dr. Gaus be-  
gleitet sein.

### Der deutsche Botschafter abermals bei Briand.

Paris, 3. Dez. Der deutsche Botschafter  
von Hoepf flakete heute Außenminister Briand  
einen Besuch ab, um auch mit ihm, wie bereits  
an Samstag mit dem Ministerpräsidenten  
Poincaré, die Besprechungen über die noch un-  
gelösten Punkte in der Frage der Einlösung  
des Sachverständigenkomitees fortzusetzen.

## Arbeitsaufnahme im Industrie-Gebiet.

### Schiedspruch erst nächste Woche?

Der Reichsminister des Innern, Seve-  
ring, der am Montag zwecks Information  
über die Wirkungsklage im Ruhrgebiet nach  
Düsseldorf gereist ist, wird voraussichtlich am  
Mittwoch nach Berlin zurückkehren. Der neue  
Schiedspruch dürfte jedoch, wie von unter-  
richteter Seite verlautet, frühestens erst im  
Laufe der nächsten Woche gefasst werden.

### Die Unturbelung in Nordwest.

Essen, 3. Dez. Die Belegschaft der Krupp-  
schen Werke ist von der Verwaltung aufse-  
rer worden, sich morgen zum Beginn der  
zweijährigen Schicht in den Betrieben einzufin-  
den. Die Wiederernennung erfolgt dort nach  
Abnahme der technischen Betriebsberei-  
tchaft. Mit der Abnahme der Kesselanlagen  
ist bereits heute früh begonnen worden. Die  
Bereitstellung der nötigen Mengen Dampf und  
Strom erfordert etwa 16 Stunden. Die me-  
chanischen Werkstätten können voraussichtlich  
morgen früh bereits den vollen Betrieb aufneh-  
men. Damit kommt etwa drei Viertel der  
Belegschaft der Essener Werke wieder in Ar-  
beit. Schwieriger gestaltet sich die Betriebs-  
aufnahme in den Feuerbetrieben. Das Grob-  
heizen der Martinöfen dauert je nach Größe  
mehrere Tage. Es ist jedoch zu hoffen, dass  
bis Ende dieser Woche die Gesamtbelegschaft  
der Hüttenfabrik wieder in ihrer alten Tätig-  
keit ist. Die Firma hat sich bereit erklärt,  
ihren Betriebskräften den Übergang durch  
Ergänzung von Vorarbeiten sowie durch Ein-  
stundung der fälligen Mietverträge und der son-  
stigen regelmäßigen Ausgaben zu erleichtern.

Tuisburg, 3. Dez. Im Duisburger Be-  
zirk arbeiten in der Sommerhütte seit heute  
vormittag wieder alle Hochöfenanlagen der  
Rheinischen Stahlwerke. Vorläufig wurde  
allerdings erst ein Teil der Belegschaft ein-  
gestellt. Nach Erledigung der Vorarbeiten in  
den weiteren Teile der Belegschaften in den  
nächsten Tagen wieder eingestellt werden. Die  
Hüttenhütte in Hohenhagen der Firma Krupp  
begannt bereits früh nach Bekanntwerden des  
Beschlusses des Arbeitgeberverbandes über die  
Festlegung der Betriebe am Sonntag abend  
wieder mit der Arbeit. Die Maschinenfabriken  
werden erst am Dienstag ihre Tätigkeit wieder  
aufnehmen.

Essen, 3. Dez. Die Arbeit wurde nun-  
mehr auch in Mülheim (Ruhr) wieder auf-

genommen. Die Friedrich-Wilhelm-Stätte stellte  
in den Maschinen-Abteilungen die Arbeiter lo-  
fort wieder ein, in den Hohenhagen und Koler-  
Betrieben kann sich die Einstellung erst in den  
nächsten Tagen allmählich vollziehen. Dasselbe  
gilt für die Firma Thyssen, Abteilung  
Stahlwerk-Betriebe. Bei der Duisburger Ma-  
schinenfabrik begann heute früh die Arbeit mit  
dem größten Teil der Belegschaft. Der Rest  
wird Mittwoch eingestellt. Bei den Siemens-  
Schneider-Werken ist die Arbeit seit Montag  
vormittag wieder im Gang.

In Gelsenkirchen-Buer kann nach  
Mitteilung der Werke am Dienstag bereits  
wieder der größte Teil der Belegschaft zur Ar-  
beitsstelle zurückkehren. Die Vereinigten Stahl-  
werke in Gelsenkirchen werden am Dienstag  
wieder voll arbeiten mit Ausnahme einiger  
Walzenstrahlen. Ungefähr daselbe Bild er-  
gibt sich für die Mannesmann-Röhren-Werke  
und die Gutehoffnungshütte. Mit Gelsen-  
kirchen-Buer. Die Verwaltungen der Hohen-  
hagen erklären, dass sie allerdings nicht mehr  
in der Lage sind, ihr gelantes früheres Per-  
sonal wieder einzustellen, weil die Beschäfti-  
gung in den letzten Wochen erheblich nachge-  
lassen hat. Es wird jedoch ausdrücklich er-  
klärt, dass diese Maßnahme nicht mit der Aus-  
spernung in Zusammenhang steht, doch viel-  
mehr Stilllegungs-Anträge schon geplant wa-  
ren, ehe der Konflikt in der Nordwestlichen  
Gruppe begann. Die Werke der weiteren  
arbeitenden Industrie, die Hüttenwerke Ger-  
mano Grande und die Firma Ruppertsbush  
u. Söhne nahmen den ganzen Betrieb mit  
geringen Ausnahmen Dienstag früh wieder  
auf.

Im Bochumer Bezirk vollzog sich die  
teilweise Wiederaufnahme der Arbeit heute  
früh gut. Das Stahlwerk des Bochumer Ver-  
eins hofft man Anfang nächster Woche in  
Betrieb zu nehmen, während das Walzwerk  
in Süntrop voraussichtlich schon Dienstag oder  
Freitag wird voll arbeiten können.

### 130 Pflichtarbeiter mit einer Lohnfrage abgewiesen.

Mülheim, 4. Dez. (Radiobienst des  
„S. T.“) 130 ausgeperrte Pflichtarbeiter hat-  
ten gegen die Stadt Wilhelm (Ruhr) Klage  
erhoben, ihnen den tariflichen Lohn für die  
Staats- und Gemeindearbeiter zu zahlen, so-  
wie die 48 stündige Arbeitszeit einzuhalten.  
Für entgangenen Verdienst von 32 Wochen,